

# Mißbrauchsprozeß: „Die Kinder wollen, daß die Richter ihnen glauben“

Nebenklage fordert Verurteilung der Angeklagten / Wer zahlt Revisionsverfahren gegen frühere Freisprüche?

Von unserem Redaktionsmitglied  
**REINHARD BREIDENBACH**

MAINZ – Im letzten noch nicht entschiedenen Wormser Kindesmißbrauchsprozeß haben die Nebenklägerinnen, juristische Interessenvertreter der laut Staatsanwaltschaft gequälten Kinder, die Verurteilung der Angeklagten gefordert. „Es ist eine Tatsache, daß die Kinder erheblich mißbraucht worden sind“, so Anwältin Gabriele Dietrich, „die Opfer tragen ihre Wunden unsichtbar auf ihrer Seele.“ Sie hoffe, daß die Kinder „irgendwann ihren Frieden wiederfinden“, so Anwältin Melanie Froese.

Die bislang für 13 Angeklagte des Wormser Verfahrenskomplexes ergangenen Freisprüche seien bei den Kindern auf Unverständnis und Entsetzen gestoßen. „Die Kinder haben Angst, daß sie jetzt wieder zu ihren Peinigern zurück müssen“, so Nebenklägerin Sabine Ollig.

Die Anklage stützt sich entscheidend auf Aussagen der Kinder, sie seien von leiblichen Eltern und Verwandten sexuell gequält worden. Einzelne Glaubwürdigkeitsgutachter hatten jedoch erklärt, die Angaben

könnten unter dem Eindruck von Suggestion und Erwartungshaltungen fragender Erwachsener zustande gekommen sein. „Es ist der Wunsch der Kinder, daß das Gericht ihnen glaubt, und daß sie von ihren Verwandten in Ruhe gelassen werden“, sagte Anwältin Dietrich.

Heftig wandten sich die Nebenklägerinnen gegen die Gutachterin Marie-Luise Kluck (Mülheim/Ruhr). Sie hatte erklärt, sie könne die Berichte der Kinder über erlittenen Mißbrauch nicht als glaubwürdig bestätigen, weil die Kinder möglicherweise Suggestionen erlegen seien. Dies sei ein „demagogischer Ansatz, man braucht nur angeblich suggestive Einflüsse aufzulisten und bekommt das Ergebnis, daß eine Kinderaussage niemals als glaubwürdig bestätigt werden kann – denn einen suggestionisfreien Raum gibt es nicht“, so die Anwältinnen. Auch habe jene Gutachterin ihre Expertise erstattet, ohne selbst mit den Kindern gesprochen zu haben. Der Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“ dürfe nicht „systematisch zur Straffreiheit von Tätern führen, die sich an wehrlosen Kindern vergehen“, so Anwältin Ollig.

Wie schon die Staatsanwaltschaft, die Haft zwischen sieben und 15 Jahren gefordert hatte, gab sich die Nebenklage allerdings skeptisch im Hinblick auf das zu erwartende Urteil. „Wir machen uns keine Illusionen darüber, daß die meisten, wenn nicht gar alle der verbleibenden Angeklagten freigesprochen werden“, so Nebenklägerin Birgit Kulzer. Deshalb wisse sie nicht, ob sie zukünftig eine Strafanzeige bei Kindesmißbrauch empfehlen könne; „Dann werden Kinder quälenden Befragungen ausgesetzt, und dann glaubt man ihnen doch nicht.“

Auch Nebenklägerin Claudia Burgsmüller verwies auf die Belastung, denen Kinder in einem Strafprozeß ausgesetzt seien; sie dürften keineswegs zum „Objekt von Verfahren“ gemacht werden. Auch die bei den Worms-Prozessen erstmals angewandte Videomethode – Befragung kindlicher Zeugen alleine durch den Vorsitzenden in einem separaten Raum mit Direktübertragung in den Hauptverhandlungssaal – sei nur eine Notlösung: Kinder würden eingeschüchtert durch die Gewißheit, daß ihre möglichen Peiniger per Video zuhören und zuschauen.

Ob – außer der Staatsanwaltschaft – auch die Nebenklage gegen die im Verfahrenskomplex Worms bereits ergangenen Freisprüche Revision einlegt, wird möglicherweise auch zu einer Kostenfrage. Nach Auskunft des Stadtjugendamts Worms, das als Vormund der im Heim lebenden Kinder fungiert, sind 15 000 Mark notwendig, die aus der Stadtkassen jedoch nicht aufzubringen seien. Eine private Vereinbarung, die „Initiative gegen Gewalt und sexuellen Mißbrauch an Kindern und Jugendlichen“, hat nach eigener Darstellung deshalb einen Spendenaufruf erlassen. Gleichzeitig kritisierte der Vereinsvorsitzende Heibel im Gespräch mit dieser Zeitung das Mainzer Jugendministerium: Es habe einerseits im Vorfeld der Prozesse in die Arbeit der Kinderschutzorganisation „Wildwasser“ „hinein-intervenierte“ und Druck ausgeübt, damit mögliche Täternamen zutage kommen sollten. Andererseits lasse das Ministerium die wegen eben dieser Befragungen heftig kritisierte Organisation „Wildwasser“ nun im Regen stehen. Ministeriumssprecherin Christina Noky-Weber wies diesen Vorwurf als „blanken Unsinn“ zurück.

WB Zeitung  
28.5.97